

Bergarbeiter-Zeitung

Organ des Verbandes der Bergarbeiter Deutschlands

Der Abonnementspreis beträgt monatlich 15 Mk., vierteljährlich 45 Mk. — Post- und Geschäftsanzeigen jeder Art werden nicht aufgenommen. — Verantwortlich für den Inhalt: Karl Schuby; Druck: G. Hausmann & Co.; Verlag: Verband der Bergarbeiter Deutschlands, sämtlich Bochum, Sternstraße Nr. 38-42. Telefon-Nr. 88, 89 u. 98. Telegr.-Adr.: Arbeiterband Bochum.

Lernet, ihr seid gewarnt!

Die „Kölnische Zeitung“ veröffentlichte kürzlich einen vom 12. Oktober datierten Brief des Zechenverbandes an das Reichsarbeitsministerium. Der Inhalt ist so wichtig, daß wir genötigt sind, hier kurz auf ihn einzugehen. Der Zechenverband beklagt sich, daß die Regierung vor der letzten Lohnhöhung für die Bergarbeiter aus gefühlsmäßigen oder politischen Erwägungen Hoffnungen gemacht habe, die mit den tatsächlichen Lernerungsverhältnissen nicht in Einklang gestanden hätten.

So leid es uns tut, müssen wir schon diese Behauptung des Zechenverbandes zurückweisen. Wir haben ja nicht die Empfindung gehabt, wie der Zechenverband sie zum Ausdruck bringt, sonst hätten wir nicht so energisch auf das Reichsarbeitsministerium eingewirkt, daß es Verhandlungen einleitete. Aber dies nur nebenbei. Von größter Tragweite sind die weiteren Ausführungen in dem Schreiben. Es heißt dort u. a.:

„Die durch das Schlichtungsgericht bewilligte Lohnzulage um weitere 24,7 Prozent war also zum mindesten unnützlich (!!!). Sie hat die deutsche Wirtschaft früher als notwendig mit erheblichen Erhöhungen der Kohlenpreise belastet, dadurch die zu gewärtigende Teuerung“ ihrerseits hervorgerufen und das abwärts treibende Rad in beschleunigter Bewegung gesetzt.“

Es muß nachdrücklich betont werden, daß unser Wirtschaftsleben eine Zurückhaltung in der Lohnbewilligung — nämlich solange eine Leistungssteigerung nicht erkennbar ist — bringen erfordert und daß die Arbeiter, die es bisher verstanden haben, sich die alte Kaufkraft ihres Lohnes im wesentlichen zu erhalten (!!!), auch einmal einen geringfügigen Entwertungsfaktor, zum mindesten vorübergehend, tragen müssen, der in einer nie zuvor erlebten Größe von den weitesten Kreisen des deutschen Volkes stillschweigend getragen wird.“

Wenn sich die verantwortlichen Stellen in der Lohnfrage nicht durch politische Gesichtspunkte leiten lassen so müssen wir uns auch für die Zukunft vorbehalten, eine Beteiligung an Lohnverhandlungen abzuwehren und die Verantwortung voll und ganz der Regierung zu überlassen.“

Diese Behauptungen des Zechenverbandes sind das Stärkste, was er sich seit langem geleistet hat. Wenn die Herren bei diesem Standpunkt bleiben, wäre die Arbeitsgemeinschaft, die von ihnen ohnehin diesmal mit Sprengung bedroht war, dahin und wilde wirtschaftliche Kämpfe wären die Folge. Daß an den neuen Tarifverhandlungen, die am 28. Oktober begannen, die Unternehmer teilnehmen, kennzeichnet schon die Haltlosigkeit ihrer Behauptungen. Trotzdem seien sie hier kurz auf die Wahrheit zurückgeführt.

Die Herren behaupten, die neue Lohnzulage von rund 150 Mark sei nicht notwendig gewesen, und sie verwerten diese besonders im Hinblick auf „die zu erwartende Teuerung“. Ein solcher Hinweis und eine solche Verächtlichmachung ist aber nirgends notwendiger als bei den Bergarbeitern, die nicht am Samstag den Lohn für die vergangene Woche, sondern um Teil am 15. des laufenden, am 5. und 25. des folgenden Monats den Lohn erhalten. Der „Entwertungsfaktor“, den diese Lohnzahlung mit sich bringt, ist ganz ungeheuerlich und müht sich doch viel mehr ausgleichlich werden, wie dies bis jetzt geschah.

Anfang September standen die Großhandelspreise, wie sie für 98 Waren von der „Frankf. Bz.“ erfasst werden, auf dem 296,75fachen des Friedenspreises. Anfang Oktober auf dem 440,89fachen! Auslandswaren und härter und rascher gestiegen wie Inlandswaren, der Kleinhandel folgte im September rascher mit den Preisen wie im August. Im Oktober war die Preissteigerung geradezu wahnsinnig. Margarine 350 Mark und mehr, Del 450 Mk. und mehr und immer so weiter! Was will demgegenüber die Lattache betragen, daß der Bauer durch seinen nicht verdienten von 684,25 Mk. im September auf 887,20 Mk. oder das 128,8fache der Vorkriegszeit steigt! Selbst die von uns durchaus nicht als die zuverlässigste anerkannte Berechnung des Statistischen Reichsamtes gibt den Lebenshaltungsindeks für September auf das 133,19fache der Vorkriegszeit an. Im September betrug aber der Bauerdurchschnittslohn 684,25 oder (immer den Vorkriegslohn um 182 Mk. Verfleinerbeiträge, also auf ungefähr 6,50 Mk. erhöht) das 105,27fache der Vorkriegszeit.

Eine Konferenz des Vorstandes und der Bezirksleiter

unseres Verbandes fand in den Tagen vom 16. bis 18. Oktober in Berlin statt. Die Konferenz hatte einen Beratungszweck zu bewältigen, der für die Einstellung und Entwicklung des Verbandes von großer Bedeutung war.

Zur wirtschaftlichen Lage und zur Lohn- und Ueberflachtenfrage referierte der Kamerad Dr. Berger und August Schmidt. Nach eingehender Debatte fasste die Konferenz zu diesen Fragen einstimmig die folgenden Entschlüsse:

A. Zur Wirtschaftslage.

„Die Konferenz steht in der in weiten Kreisen unseres Volkes verbreiteten Verwirrungslage in Bezug auf Deutschlands Wirtschaftslage eine schwere Gefahr. Der unheilvolle Ernst unserer gegenwärtigen Lage, der unaufhaltsame Währungsverfall zwingt zu einer Klärung unserer Wirtschaftspolitik. Innerhalb der engen Grenzen, die der Friedensvertrag von Versailles unserer politischen und wirtschaftlichen Selbstbestimmung gezogen hat, müssen alle Wirkungsmöglichkeiten zur Rettung unserer Volkswirtschaft ohne Rücksicht auf Sonderinteressen ausgenutzt werden. Der weiteren Entwertung unserer Währung ist durch eine unverzügliche Währungsreform für die Reichsarmee unter Einwirkung des Reichsbankrates entgegenzutreten. Die Notverordnung zur Bekämpfung der Spekulation muß verschärft und erweitert werden. Durch eine planmäßige Bindung der rohstoffverzehrenden Industrie, insbesondere durch Ausbau der Kohlegemeinschaft sowie der gemeinwirtschaftlichen Regelung der Eisen-, Holz- und Bauholzwirtschaft in Verbindung einer weitgehenden Einschränkung des überflüssigen Konsums ist der Einfuhrbedarf unserer Wirtschaft herabzusetzen. Die zunehmende Papiergeldausgabe ist durch einen Eingriff in die Sachverhalte in Form einer allgemeinen Vermögensabgabe zur Deckung der innerdeutschen öffentlichen Zahlungsverpflichtungen einzuschränken. Die Konferenz erkennt das zur Befreiung unserer Wirtschaft eine Entlastung unseres Haushaltes von allen Sonderverpflichtungen

Aber wozu die Rechenerei? Die Herren vom Zechenverband sollen in die Hütten der Vergleute gehen, wo nur ein Verdierer ist, sie sollen sechs Wochen so leben, wie diese Familien leben müssen und dann sollen sie nochmal wagen, uns solche Mißmacherechnungen aufzumachen und solche unverschämte Behauptungen aufzustellen! Daben die Herren eine Ahnung davon, wie man die Vergemannsfrauen ihren Kindern befreitlich machen muß, daß es keine Reibereien geben kann, weil das Del so teuer ist, haben sie eine Ahnung davon, wie schmerzlich auch Vergemannsfrauen auf Erneuerung von Leib- und Bettwäsche verzichten müssen, weil sie nicht zu bezahlen ist?

Die Herren der Montanindustrie hatten sich doch wirklich schädeln auch bei schlimmster Geldentwertung. Ueber die Rohlenpreisbildung wird ja noch ein ernstes Wort zu reden sein. Die Sabotage der Sachwertverfassung, die Mithilfe von Industrie und Finanz bei der Geldentwertung sind wesentliche Faktoren der Preissteigerung als die Erhöhung der Löhne. Man lasse nur einmal die nachfolgende Tabelle auf sich einwirken, die z. B. für Rohblöde eine Preissteigerung vom Frieden bis zum 1. September auf das 416fache zeigt:

pro Tonne	vor Krieg	1. Sept. 1921	1. Juli 1922	19. Aug. 1922	11. Sept. 1922	11. Okt. 1922	19. Okt. 1922
Rohblöde	82 50	1400 3880	2520 17890	34370	37640	59470	
Platinen	87 50	1475 1120	9820 19560	37340	63630	55650	
Knüppel	95,-	1550 4220	9910 26500	40660	68190	76390	
Formellen	110,-	1740 4960	11220 23700	46390	77750	80230	
Stacheln	97-99	1850 3070	11470 34000	46390	78700	81200	
Universaleis.	115-122	2000 5490	12470 26190	50990	85510	88290	
Bandellen	105,-	2250 3520	12030 27360	54430	91270	94190	
Waldbrodt	117 50	1850 5420	12340 25900	30400	84580	87210	
Feinblech	125,-	2000 6620	15710 32900	65750	116770	112450	
Mittelflech	110,-	1950 6490	14610 26490	52790	100170	103950	
Großblech	105,-	1900 5690	12960 27000	52750	97450	91270	

Ich nein, ihr Herren, nicht wir, sondern ihr habt das abwärts treibende Rad in schnellere Bewegung gesetzt und tut es noch täglich indem ihr euch jedem gemeinwirtschaftlichen Vorgehen widersetzt und den Teufel nach dem Stand der Mark tragt, weil ihr euch bei der Dollarrückrechnung ganz gut steht.

Die Herren jammern, daß es ihnen schlecht geht. Dabei möchten sie aber überall ihr Geld anlegen. Welchen verarmtesten Kampf haben die Herren geführt um das staatliche Großkraftwerk zu verhindern und Stinnes die Brücke nach Mitteldeutschland zu schlagen? Welche Mühe geben sich die Herren gerade jetzt, das Privatkapital in die Kohlenbetriebsgemeinschaft Dönsburg-Ruhrort hineinzubringen, und wie lassen sie erst alle Minen frängen, um bei der Umstellung der staatlichen Bergwerke Preußen die „Belange“ des Privatkapitals zu wahren, dadurch daß man aus diesem Staatsbesitz ein „gemeinwirtschaftliches“ Unternehmen machte oder wenigstens der Industrie sonst Einfluß geben soll in Verwaltung und Aufsicht dieses staatlicher Unternehmens. Diese „Gemeinwirtschaft“ die in Wirklichkeit Stinnes-Kohlenbetriebsgemeinschaft werden wir der Herren verfallen. Wir bestreiten ihnen aber auch das Recht in solcher Tonart und mit derartig falschen Behauptungen wie das ihr Brief tut, Stellung zu solchen Fragen zu nehmen. Wir raten ihnen, diesen Weg zu verlassen wenn sie wollen, daß einige gemachte Ruhe und Frieden in unserer Wirtschaft bleibt, die wir allemal notwendig brauchen.

Den Bergarbeitern muß aber immer wieder gesagt werden: Begreift ihr nicht den Ernst der Lage? Seht ihr nicht, daß wir, die Metallarbeiter, daß die gesamte Arbeitergemeinschaft jeden Tag in einen gewaltigen Kampf mit dem Unternehmertum hineingeworfen werden kann? Begreift ihr nicht, daß uns nichts mehr tut, als eine starke gemeinwirtschaftliche Organisation, eine starke politische Arbeiterpartei? Lernet, Kameraden, gemarni seid ihr genug!

aus dem Friedensvertrage und zwar für eine längere Zeit unerlässlich ist und steht in der Durchführung der genannten innerpolitischen Maßnahmen auch einen Weg für eine internationale Verständigung über die Reparationsfrage.“

B. Ueberflachtenabkommen und Bergarbeiterlöhne.

Die Bergarbeiter haben volkswirtschaftlichen Notwendigkeiten nach Möglichkeit Rechnung getragen, zuletzt durch das neue Ueberflachtenabkommen. Dies Abkommen wurde von schmerzlichen Kreisen fest angefaßt, besonders aber auch von denjenigen Arbeitern, die durch die tarifliche Regelung der Ueberarbeit an schmerzlichen Ueberflachten gehindert werden. Auch Teile der Unternehmerschaft stehen dem Abkommen gleichgültig, oft sogar feindlich gegenüber. Das zeigt sich besonders in den Verleumdungen der Unternehmerrpresse, den Erfolg der Ueberarbeit zu verkleinern. Bei Befantgabe der entsprechenden Zahlen wird höchstwilligweise unterlassen, in Rechnung zu stellen, daß auch vor dem 1. September hätte Ueberflachten in großer Zahl gemacht werden. (Im Oberbergamtsbezirk Dortmund im 1. Quartal 1922 160000 Schichten, im 2. Quartal über 2 Millionen Schichten.) Auf diese ungeregelten Ueberflachten entfallende Förderung muß natürlich berücksichtigt werden, um zu einer zureichenden Erhöhung der Produktionsleistung durch die Ueberflachten zu kommen.

Die Bergarbeiter müssen fordern, daß jede Sebante an bauernde Arbeitszeiterlängerung, wie er in Unternehmerrkreisen propagiert und auch in Kreisen der staatlichen Bureauführung zu finden ist, aufgegeben wird. Solchen Bestrebungen wird der Bergarbeiterverband entschlossensten Widerstand entgegenzusetzen.

Die Entlohnung der Vergleute hängt in diesen Kreislern besonders infolge der monatlichen Lohnberechnung und Auszahlung gemaltig hinter der Preissteigerung her. Raschere Anpassung der Löhne an die Preise ist deshalb erforderlich.“

Zur Frage der Knappheitsreform referierte Kamerad Viktor. Auch an diesen Vortrag schloß sich eine lebhafte Debatte. Die Konferenz bedauerte die Veränderung des Reichsmarkpapiergeldes und die damit verbundenen Schwierigkeiten und stellte nach einer Vorlage, die von einem der Teilnehmer ausgearbeitet wurde, die Richtlinien fest, die sie von

den Arbeitervertretern im Reichstag befolgt zu sehen wünscht. Alle notwendigen und berechtigten Reformen sind in ihnen berücksichtigt.

Zur Frage der Arbeit in gemeinwirtschaftlichen Betrieben und der wichtigsten Notfälle referierte Kamerad Waldhede. Auch diese Frage wurde eingehend und kritisch debattiert. Den Absätzen 1 und 2 des vom R.D.G. aufgestellten Zeitfahre für Lohnbewegungen und Streiks stimmte die Konferenz einstimmig zu. Dem dritten Absatz konnte die Konferenz ihre Zustimmung nicht geben, da dies zu den Aufgaben der Generalversammlung gehört. Die Konferenz gab aber zu dieser Frage die Erklärung ab, daß der Bergarbeiterverband die Verpflichtung anerkennt, bei einem Streik im Bergbau für die Auslieferung der von ihm als notwendig anerkannten Kohlenbeständen zu sorgen, wie dies bisher schon Übung beim Bergarbeiterverband war.“

Zu den Fragen des Arbeitsnachweises und des Wohnungswesens führte die Konferenz Vorträge der Kameraden Schmidt und Kauschberg. Die Vorträge und die Debatte befaßten sich vornehmlich mit Richtlinien für die Funktionäre des Verbandes, die diesen in geeigneter Form bekannt gegeben werden.

Um die Berufung für die Angehörigen und Funktionäre des Verbandes mehr als bisher herbeizuführen, erklärten sich die Angehörigen bereit, 5 Prozent ihres Gehalts für bisher 3 Prozent als Beitrag zu leisten, die Beiträge sollen einem früheren Beitrag entsprechend ab 1. Januar 1922 zehn Pfennig pro Woche und Mitglieds dem Pensionsfonds zufließen.

Zur Frage des Bildungswesens im Verband lag eine Vorlage vor, die in allen Verbandsstellen für den Winter Kurse von etwa acht Vorträgen über Geschichte, Verfassung und Tätigkeit der Gewerkschaften vorsieht. Die Vorarbeiten, Gewinnung und Zusammenarbeit der Lehrkräfte, werden so beschleunigt werden, daß die Kurse in allen Bezirken Anfang 1923 beginnen können.

Die Beitragsfrage wurde unter Zugiehung der Statistikkommission eingehend besprochen. Die Konferenz kam zu einer Erhöhung des Eintrittsgeldes und zu einer anderweitigen Regelung der Beiträge sowie zu anderweitiger Festlegung der im Statut vorgesehenen Unterführungen, über welche den Verbandsfunktionären besondere Mitteilung zugeht.

Einige Zusätze aus dem Ruhrgebiet hatten die Erneuerung einer Generalversammlung mit Neuwahl der Delegierten verlangt. Die Konferenz erklärte die Notwendigkeit nicht an, eine außerordentliche Generalversammlung einzuberufen, aber die ordentliche Generalversammlung früher stattfinden zu lassen. Es wurde beschlossen, die Generalversammlung Ende Mai 1923 in Dresden abzuhalten.

Zum Schluß der Konferenz konnte Kamerad Gusemann mit Befriedigung konstatieren, daß die Arbeiten der Konferenz von Sachlichkeit und Willkürbewußtsein getragen waren und daß zu hoffen sei, daß ihre Arbeiten zum Segen des Verbandes gereichen.

Bergarbeiter und internationale Arbeitsorganisation.

II.

Die Bedeutung der internationalen Arbeiterorganisation für die Arbeiter.

Auch wenn die Kräfte, die diesen Vertrag schufen und unterzeichneten, keine Einrichtungen getroffen hätten, um seine praktische Durchführung zu betreiben, so ist schon die grundsätzliche, die moralische Bindung, die der oben wiedergegebene Wortlaut bringt, von der außerordentlichen Bedeutung für die Arbeiter. Wenn die überaus mit Recht gerühmte Tätigkeit der freiwillig geschlossenen Verbände betont wird, so paßt die Arbeiter nicht minder ein, diese in besonders beruhigenden Vertragsbestimmungen hervorzuhellen und immer wieder ihren eigenen Einsatz und die öffentliche Meinung mobil zu machen, wenn sie nicht befolgt werden. Denn sie dürfen sich nicht der Leistung hingeben, daß diese toten Worte Leben erhalten und behalten, ohne ihr, der Interessenten, jede energische Unterstützung. Alle für die Arbeiter geschaffenen Einrichtungen werden erst dann wirksam, wenn sie nicht von ihnen im wahren Sinne des Wortes erobert, ausgebaut und immer wieder durch eigene Mitarbeit erneuert werden.

Das ist allerdings schon bei nationalen Einrichtungen meist sehr schwer. Um wieviel wichtiger muß diese Aufgabe erscheinen, die einer auf die weichen, gelben und schwarzen Kaffen aller Weltteile sich erstreckenden Organisation, welche die Sozialreformer fördern soll in Ländern, wo eine solche bisher nicht einmal dem Namen nach bekannt war. Die durch die internationale Arbeiterorganisation, ihre Jahreskonferenzen, durch das großartig ausgebauten Arbeitsamt in Genf, gebotenen Möglichkeiten der Propagierung der ihnen zugrunde liegenden Grundgeden, des Sozialen Friedens der Sozialreformer und Arbeitervertreter aller Länder und aller Richtungen, der Beschaffung von sonst meist unzugänglichen Unterlagen, Materialien und Auskünften aller Art sind jedoch so vielfältig, so umfangreich und zum Teil, den derzeitigen Veränderungen angemessen, schon so fruchtbringend, daß die Arbeiter allen Anlaß haben, die grundsätzliche gewaltige Errungenschaft des Teils XIII zu schätzen und zu fördern. Nur dadurch können sie verhindern, daß diese wertvolle Basse wieder kumpf wird oder gar ein Werkzeug der sozialpolitischen Reaktion, der Gleichmacher der Sozialgesetzgebung aller Länder nach unten heraus werbe. Das nämlich würde den kurzfristigen Interessen und den Wünschen des Unternehmertums und mancher Regierungen nur zu gut in den Arm fallen. Solchen Bestrebungen aber würden die Arbeiter sogar durch bloßes Dastehen, durch Interzessiosigkeit an der internationalen Arbeiterorganisation Vorstoß leisten.

Die besondere Bedeutung für die Bergarbeiter.

Woran sind die Bergarbeiter aller Länder vornehmlich interessiert? 1. An der materiellen Sicherstellung ihrer Erziehung, die bei dem heutigen Chaos in der Volkswirtschaft andauernd bedroht ist — siehe Ueberflachten in Deutschland, Kohlenmangel überall und Millionen arbeitslose Bergarbeiter in anderen Ländern. 2. An der Erhaltung aller Errungenschaften, die auch infolge der staatlichen Umverteilung Europas oft gefährdet erscheinen. 3. An dem weiteren Ausbau der sozialen Reform im eigenen Lande und an ihrer Ausdehnung auf alle Länder, schon um die Schmutzkonkurrenz zu beseitigen.

Die Beseitigung des heutigen Chaos in der Kohlenwirtschaft, der jetzigen Verwirrung auf dem Transporwesen war das Ziel eines Antrages des verstorbenen Otto Hue auf dem Internationalen Bergarbeiterkongress 1920 in Genf, der die alten Gedanken einer rationalen Rohstoffbewirtschaftung wieder aufnahm und begeisterte Zustimmung fand. Er forderte die Erziehung eines internationalen Kohlen- und Rohstoffamtes, das durch staatliche Arbeiten und Studien die Gegenständigkeitsverträge unter den Staaten vorbereiten und auch durchführen würde, durch welche die für alle rühmlichen Folgen des heutigen Zustandes, wenn nicht gleich ganz beseitigt, so doch stark gemildert würden.

Der auf diesem Kongress anwesende Direktor des Internationalen Arbeitsamtes, Albert Thomas, der schon vor dem Kriege zu den ersten Sozialpolitikern in Frankreich zählte und wegen der guten Kenntnis seiner heimischen Arbeiterbewegung viele Jahre zu den Mitarbeitern des Korrespondenzamtes der deutschen freien Gewerkschaften gehörte, übernahm es auf Wunsch des Kongresses diesen Antrag weiterzuleiten. Die Frage war dann Gegenstand der Beratungen des Verwaltungsrates des Internationalen Arbeitsamtes und vielfacher Verhandlungen mit dem Völkerbund. Man hat darauf gewiß zum Teil die Lattache zurückzuführen, daß die staatliche Abteilung des Amtes seit

Jum Schluss interessiert auch die Aussage eines Bergarbeiters, dass ein kontrollierender Beamter nicht wissen könne, welche Unternehmungen eine eingetragene Kasse betreiben. Wenn das zutrifft, dann brauchen wir keine Bergbehörde! Dann ist die Bergbehörde ein großes Uebel!

Maulhelden vor Gericht.

Ein Beleidigungsprozess mit bösem Ausgang für den Angeklagten fand am 20. September am Schöffengericht in Wörz statt. Der Rechtsanwalt Witt von der 'Freien Arbeiter-Union' (Gefellenschen) hatte in der Nr. 18 vom 7. April 1921 die Beauftragung aufgestellt, dass der Bezirksleiter Zimmer vom Bergarbeiterverband bei den Märzunruhen im Jahre 1921 belgische Truppen zwecks Säuberung der Betriebe von den Kommunisten herangeholt und die Belegschaften bei der Befragung betrogen hätte.

Für diese aufgestellte Behauptung wollte man den Wahrheitsbeweis antreten. Niermal hatte man die Sache verlagert. Prohnd hatte man bei den Belegschaften des Niederrheins verhandelt, dass Zimmer jetzt als Verräter entlarvt würde. Herr Wolff Püttbach wählte noch am 27. September, das ihnen 20 Jungen zur Verfügung ständen. Wer nun geglaubt hätte, die Herrschaften von der 'Freien Arbeiter-Union' würden den Beweis für ihre niederträchtige Verleumdung antreten, der hätte sich getäuscht. Eingangs der Verhandlung erklärte der Verteidiger des Angeklagten Witt, dass er den Versuch machen wolle, den Wahrheitsbeweis, dass Zimmer den Bericht bei der Befragung begangen habe, antreten zu lassen. Der Hauptzeuge, Herr Wolff Püttbach, sagte fast wörtlich aus: 'Zimmer hat mich im Jahre 1919 beim damaligen Bergarbeiterverein bei der Belegungsbehörde verraten.' Vom Witkollager Zimmer in die Enge getrieben, nahm er seine unter Eid gemachte Aussage mit dem Ausdruck des Bedauerns zurück. Ein weiterer Zeuge wollte nichts auszusagen. Der Ausgang des Prozesses war für den Angeklagten Witt eine blamable Niederlage. Er rebete sich damit heraus, dass er zur Zeit des Erscheinens des Artikels in Berlin gewesen sei und keine Kenntnis davon gehabt habe, er übernehme nur die rechtliche Verantwortung. Es habe ihm ferngelegen, den Witkollager Zimmer zu befehligen, weil er ihn so gar nicht kenne. Seine Einwände, dass er zur Zeit des Erscheinens des Artikels nicht in der Redaktion war, wurden vom Gericht als glaubhaft anerkannt.

Das Gericht verurteilte nach langer Beratung das Urteil dahin: Der Angeklagte Witt wird wegen Beleidigung zu 5000 Mark Geldstrafe und Tragung der Kosten verurteilt. Das Urteil wird im 'Gewerkschaftler' (Wörz) und 'Duisburger Generalanzeiger' veröffentlicht.

Der tapfere Unionistenhüpfel.

Geld Partels von der 'Union' ist einer der Tapfersten im Mundstücken. Der Mann kann aber auch anders. Als im September auf Hugo I und II die Kameraden, welche Ueberstunden verfahren, in der gemeinsamen Weise beschimpft und mißhandelt wurden, erklärten die Schutzpolizei auf der Seite, um die Gewalttätigkeiten zu verhindern. Die Kommunisten haben darüber großen Spott gemacht, was es ganz selbstverständlich ist, daß die Polizei organisierte Arbeiter vor Gewalttätigkeiten zu schützen hat, wenn sie entsprechend tariflichen Ermäßigungen ihrer Arbeit nachgehen. Aber welche Rolle spielte nun hier Herr Partels? Auf seine Seite und die der ihm Gleichgesinnten ist es wesentlich zurückzuführen, daß in jenen Tagen tätliche Angriffe auf unsere Kameraden und ihre Mißhandlung erfolgten. Vor der Polizei aber kniet Partels in einer Art und Weise zusammen, daß sich jeder freigeistlich organisierte Arbeiter geschämt haben würde. Der Polizeimajor sagte Herrn Partels nämlich ausenander, daß die Polizei nur erschienen sei, um Gewalttätigkeiten zu verhindern. Um die Streitfrage, ob Ueberstunden oder nicht, kümmere sich die Polizei gar nicht. Dann verlangte aber der Polizeimajor von Partels, daß er sich vor die Belegschaft hinsetze und ihr mitteile: 'Die Polizei ist nur erschienen um Gewalttätigkeiten zu verhindern. Um den Streik der Ueberstunden Kameraden die Polizei nicht. Wer ausfahren will, kann ausfahren, wer Ueberstunden verfahren will, kann dieses tun. Gewarnt wird aber vor jeder Gewalttätigkeit.'

Herr Partels hätte natürlich dem Polizeimajor ruhig sagen können: Wenn Sie diese Mitteilung an die Belegschaft für notwendig halten, dann sagen Sie es ihr selbst, ich habe gar keine Verpflichtung dazu. Aber diese Courage brachte der große Unionist dem kleinen Polizeimajor gegenüber nicht auf. Er erfüllte vielmehr getreulich den Auftrag des Polizeimajors. Ja, er setzte sich auf dessen Wunsch auch sofort auf das Rad, um auf dem anderen Schacht im Auftrage der Polizei dieselbe Rede zu halten. So sehen die tapferen Helden von der Union aus!

Oberbergamtsbezirk Breslau.

Gegen die 'Bergarbeiter-Zeitung'

wendet sich der Kamerad Alfred Klein aus Weisklein in folgender Aufschrift:

Am 24. September fand im 'Deutschen Haus' die Mitgliederversammlung unserer Zehnstelle statt, in welcher Kamerad Hans Wilmann einen Vortrag hielt. Unter Punkt 'Verschiedenes' wurde u. a. die Schreibe unseres Verbandsorgans einer scharfen Kritik unterzogen. Zur Erwiderung empfahl Kamerad Wilmann den Diskussionsrechner, einen besonderen Artikel zur Veröffentlichung der 'Bergarbeiter-Zeitung' einzufenden.

Bezugnehmend auf die Anregung des Kameraden Wilmann fühle ich mich veranlaßt, einmal das Nähere auf die Schreibe der 'Bergarbeiter-Zeitung' einzugehen. Zu allen Zeiten wird wohl die Gegenseite durch Wort und Schrift bekämpft, aber niemals sollte ein Verbandsorgan zum Sprachrohr einer politischen Partei werden. Seit nahezu vier Jahren beschäftigt sich die 'Bergarb.-Ztg.' in jeder Nummer mehr oder weniger mit den Kommunisten. Obwohl man schon eine ziemliche Portion Demagogie von Seiten dieser Art 'Mitarbeiter' gewöhnt ist, setzt doch der Artikel des 'Klein-Kameraden' Stüber in Nr. 36, über die 'Iwan Dural - Johann Ganswurt' allem bisherigen die Krone auf. Ich habe keine Veranlassung, für oder gegen ihn Stellung zu nehmen, weil auch nicht, inwiefern eine Polemik gegen ihn berechtigt ist. Selbst in diesem Falle angenommen, möchte ich doch die Schreibe darüber klar sein, daß eine derartige Verallgemeinerung von Einzelfällen niemals und doch dazu in so schamloser Weise, wie dies in dem Gebicht: 'Wenn ein Mensch verurteilt worden, nennt er sich gerne Kommunist usw.' zum Ausdruck kommt, in ein Verbandsorgan gehören. Wo sollte das hin führen, wenn kommunistische Mitglieder dieselbe Recht für sich in Anspruch nehmen möchten - wie es andauernd von SPD-Kameraden geschieht - das Verbandsorgan als Sprachrohr für parteipolitische Auseinandersetzungen zwischen un'ren Gewerkschaftsmitgliedern zu benutzen. Auf das Gebicht 'Spezial' einzugehen, erübrigt sich für Menschen, die auch nur einigermaßen Anstand in ihrer Kampfesweise bewahrt haben. Goffentlich erreichen diese Zeilen den Zweck, daß die 'Bergarb.-Ztg.' das wird, was sie allen Kameraden, die ihren gewerkschaftlichen Pflichten nachkommen, ohne Unterschied der Parteipartei, mit Recht sein soll, ein hoch- und aufklärungsorgan im Kampfe gegen unseren gemeinsamen Feind: die privatkapitalistische Gesellschaft. Alfred Klein, Weisklein.

Anmerkung der Redaktion. Die Zeile werden sich des betreffenden mit 'Stüber' gekennzeichneten Artikels entsinnen. Darin wird ein in kommunistische Kreise bisher mit Vorliebe vertriebenes sozialistisches, degeneriertes Subjekt, welches gern mit einem ruffischen Namen geklämt, mit einer bestehenden Satire ausgedacht. Dieser 'Stüber', der in Wirklichkeit kein Wort zuzuschreiben versteht, nannte sich Iwan Dural. Weil 'Dural' auf deutsch ausgemacht Herr, Ganswurt, Jdoloi heißt, so fiel es Stüber sehr leicht, den Herr der der Offizianten abzukun. Er hatte Erfolg, 'Dural' hat sich selber nicht wieder hören lassen. Das ist erfreulich, und selbst dem Kameraden Klein dürfte dies willkommen sein, wenn er die gewerkschaftliche Brunnengießung nicht leiden und von uns nicht verlangen will, daß wir weitere solche Vergiftung machen sollen, wenn wir sie mit einigen satirischen Zeilen mundtot machen können. Wir werden in ähnlichen Fällen nicht anders handeln. Der Kamerad Klein wird hoffentlich wissen, daß solche Redaktionen nicht mit Höflichkeitformeln, sondern mit solchen Maulschellen zu kurieren sind.

Stüber brauchen wir gegen Klein nicht in Schutz zu nehmen, dies um so mehr nicht, als Klein sich die Gründe zu seinem Vorgehen selbst konstruiert hat. Wie kann er von einer 'Verallgemeinerung' sprechen? Ausdrücklich heißt es in der betr. Zeile: Iwan Dural ist auch kein richtiger mit Idealen befeelter Kommunist, sondern einer, wie sich ihn der Schriftsteller nennt: 'Wenn ein Mensch verurteilt geworden, nennt er sich gerne Kommunist usw.' Das ist doch das direkte Gegenteil von einer Verallgemeinerung und wir verstehen nicht, wie Klein zu seinen Schlussfolgerungen kommt. Dadurch verlohnt es sich auch gar nicht, auf seine weiteren Behauptungen einzugehen. Oder will er uns Rede machen gegen Beschränkungen der Verbandsmitglieder und Angehörigen, wie

VIKTOR KALINOWSKI:

Die Preise steigen!

Die Preise steigen ohne Ende Und ohne Ende steigt die Not. Dem Reichen steigt die Dividende, Dem Armen steigt der Preis fürs Brot. Der Reiche freut sich seines Lebens, Er hat ja Geld im Ueberfluß. Der Arme aber hofft vergebens Und lebt in Sorge und Verdruß.

Der Dollar steht schon auf drei Milla. — He, Kellner, eine Flasche Sekt! — Was schier's den Protz, wenn hungerstille Ein Greis auf Sterbebett sich streckt? Geschäfte machen, Schätze raffen Ist jedem Schieber Zweck und Ziel. Er läßt für sich die andern schaffien Und spekuliert im Börsenspiel.

Frau Parasita geht in Seide, Die fetten Finger sind beringt. Was tut's, wenn in zerquältem Leide Ein Habonichts ins Wasser springt? Deswegen ist man nicht verpflichtet Zu leben ohne Schleck und Wein, Denn wer sein Dasein selbst vernichtet, Der will kein guter Christ mehr sein.

Die Preise steigen, Fröhlich schmausend Schwelzt in der Diele das Geschmeiß. Was schadet's, wenn im Keller hausend, Die Witwe keine Rettung weiß? Was tut's, wenn ihre Kinder frieren, Wenn es ihr an Kartoffeln fehlt? — Nie kann ein voller Magen spüren, Was einen leeren würgend quält.

Die Preise steigen, klettern, springen. Ein Ayrund tut sich gähnend auf. Läßt sich die Habacht nicht bezwingen, Nimmt das Verhängnis seinen Lauf. Der Zorn wird durch die Lande jagen, Verzweiflung tötet die Geduld. Dann wird die Habacht furchtsam fragen: Wer ist dran schuld? Wer ist dran schuld?

'Lumpen', 'Verräter', 'bestochene Sitzenstühle' usw. verbieten? Will er dies nicht, sondern erstrebt er eine Wiederrückung des Gewerkschaftskampfes, so mag er zunächst auf seine Parteigenossen einwirken, damit sich diese einer anständigen Kampfweise beteiligen. Sollte ihm diese nicht bekannt sein, so mag er einen Blick in unsere Sammelmappe tun. Er wird dann mit dem gleichen Gefühl des Ecks über eine gewisse Sorte seiner Genossen erfüllt sein, wie wir es schon lange sind. Aus Uebermut führen wir den Abwehrkampf wahrhaftig nicht. Noch nie haben wir aus anderen Motiven gegen den Materialismus geschrieben. Man wird uns aus der 'Bergarb.-Ztg.' keine Stelle vorlegen können, durch die sich der erste von wirklichen Arbeitern besetzte Kommunist getroffen fühlen muß, besonders nicht durch die hier in Frage stehende Zeile. Es sei denn, daß die Worte des Schriftstellers zutreffen:

'Denn Epigramme stoßen, kitzeln, Ruff der Betroffenen: 'Tendés Witzen!' Doch hört er eigener Meinung Verhärtung, Dann heißt es: 'Zweifelhafte Bemerkung!'

Sargebiet.

Mit dem Reusler gegen Bergarbeiter

zieht in der Grube der Steiger Reinhard los. So unglücklich dies klingen mag, es ist aber reine Wahrheit. In Saarabien und bei Gott ist eben kein Ding unmöglich.

Auf dem Anmarsch und weit darüber hinaus ist der Steiger Reinhard ein wüthender Anreißer und Menschenhändler bekannt. Ein Kamerad, der vier Wochen krank war, hat dies bejauend berichtet. Die Antreiberei dieses 'Menschenhändlers' geht so weit, daß er durch andauernde stunde und aufreizende Reden die Kameraden zur Verweigerung bringt. So auch in dem hier vorliegenden Falle. Als der erkrankte Kamerad Ballas nach vierwöchiger Krankheit die erste Schicht verfuhr, sagte dieser Steiger zu ihm: 'Heute gibt es 35 Wagen!' B. erwiderte, daß er vier Wochen krank gewesen sei und sich noch sehr schwach fühle. Das ließ der Steiger aber nicht gelten und meinte, was vor der Krankheit möglich war, ist jetzt ebenfalls zu leisten. Nachdem B. die erste Schicht verfahren hatte, besah er sich zum Betriebsführer, welcher aber nicht anwesend war. Die zweite Schicht hatte B. Beistandigung beim Bergverlag. Als der Steiger Reinhard in die Arbeit kam, wollte er den Kameraden B. für die Förderung verantwortlich machen. Dieser lehnte selbstverständlich die Verantwortung ab. Bei dieser Gelegenheit hatte Reinhard den B. schon bis aufs Reusler gereizt. In der dritten Schicht arbeitete B. bei der Befragung des Steigers vor Stoh. Reinhard konnte es nicht unterlassen, wiederum an B. heranzutreten und durch allerlei Beleidigungen denselben zu reizen. Als Reinhard die Frage des Kameraden B., ob er wieder 4 Schicht gestrichen bekommen sollte, bejahete, verlor B. die Selbstbeherrschung und packte Reinhard am Hals. Da sah denn sonst lo rabiaten Steiger das Herz in die Hufe gefassen zu sein, denn stehend hat er B. dieser möge ihn loslassen. B. hatte trotz der dauernden Schlägen Mittel mit diesem Schändchen ein und ließ ihn los. Nun entpuppte sich Reinhard als großer Feigling. Er sprach ungefähr drei Schritte zurück, zog einen Revolver, stielte nach B. und sagte: 'Sehen Sie augenblicklich zurück vor den Stoh!' B. wollte nun seine Lampe aufnehmen und dann vor den Stoh zurückgehen. Und wiederum drohte dieser Menschenhändler mit dem Revolver. B. mußte also, gezwungen durch den vorgehaltenen Revolver, an den Stoh zurückgehen.

So sehen die ehemaligen 'königlichen' Bergarbeiter und Steiger aus. Wir wissen, daß mancher Beamte, der noch menschliches Empfinden hat sich mit Abscheu von einem solchen 'Kollegen' wenden wird. Die Verweigerung möchte auch, wenn sie etwas auf Reinlichkeit halten würde, solche Elemente, die nur dazu da sind, die Arbeiterschaft in Erregung zu bringen und die Verwaltung vor der Öffentlichkeit zu misshandeln, aus ihrem Betrieb entfernen. Aber es scheint, nach dem Verhalten des unzüchtigen Ingenieurs Rosenfeld zu urteilen, daß solche Zeugnisse bei der Verwaltung eine gute Nummer haben. Hände und Stoh reichen nicht mehr, jetzt greift man nach Revolver oder Revolver, um der Arbeiterschaft 'Arbeitsfreudigkeit' beizubringen. Wahrscheinlich, in einer afrikanischen Kolonie kann es nicht schlimmer sein, als im Bereiche des Ingenieurs Rosenfeld. Die ganze Angelegenheit wird übrigens ein gerichtliches Nachspiel haben. Den Kameraden Ballas hat man natürlich sofort entlassen, während man die drei Kameraden, die bezuagen können, daß Reinhard den Revolver zog (was dieser Feigling jetzt bestritten möchte), nach dem Rückschlag verlegte, um sie bis zur Verhandlung so weit beizulassen zu haben, daß sie untauglich. Wir können aber dem schon sagen: die Kameraden halten zur Weisheit, sie stehen fest und hinter ihnen steht die Belegschaft!

Süddeutschland.

Zum Jahresbericht der hiesigen Gewerkschaftsbeamten und Bergbehörden 1921.

In diesem Jahresbericht fallen besonders die vielen Strafen auf, mit denen die Unternehmer wegen Nichterhaltung der Arbeitszeit bestraft werden. Allerdings fallen die einzelnen Strafen wegen ihrer geringen Summen nicht ins Gewicht. 20 bis 300 RM, in seltenen Fällen bis 1000 RM sind nicht geeignet, die Unternehmer zu kurieren. Ein Buchhändler wird u. a. wegen fabriksmäßiger Körperverletzung mit nur 50 RM bestraft, während ein Bergarbeiter, der vielleicht seinen Vorgesetzten beleidigte, nicht unter einer halben Schicht, das sind mindestens 100 RM, davonkommt.

Von den Betriebsräten sagt uns der Bericht im Allgemeinen, daß sie sich als sehr brauchbar erweisen und daß ihnen bei einer großen

Zahl von Unternehmungen weitgehende Befugnisse eingeräumt wurden. Ein Unternehmer hält mächtige Betriebskontrollen mit dem Betriebsrat ab, bearbeitet die wirtschaftlichen Fragen des Betriebes nur mit seinem Betriebsrat und empfindet keinen Anlaß, davon abzugehen. Dort aber, wo die Unternehmer um jeden Buchstaben des Gesetzes streiten, bleibt bauernd ein gespanntes Verhältnis, welches durchaus nicht im Interesse des Betriebes liegt, sehr häufig aber dazu führt, daß die Betriebsräte teilnahmslos werden, auf Wiederwahlen verzichten und auch die Arbeiterschaft keinen Nutzen davon hat.

Noch ein anderes Kapitel ist kurz zu streifen, die Sozialkassen. Dort, wo solche sehr hoch ausgebaut sind - das bestätigen die Gewerkschaftsinspektoren - hat es sich schon gezeigt, daß bei Arbeitsmangel die Betriebsräte im besonderen gut unterrichtet und bei einer Lohnverhandlung hat unlangst ein Unternehmer erklärt, daß er Betriebsräte mit Anbieten nicht mehr einleiten werde, wenn die Sozialkassen erhöht werden. Aus dem Bericht der Bergbehörde von Bayern ist zu entnehmen, daß die Gesamterzeugung eine steigende Tendenz aufweist. Beschloßten wurden gefördert 224 450 T, eine Erzeugung von 20 727 T.

Bei der Steinkohle ist ein Rückgang zu verzeichnen. Die Braunkohlerzeugung stieg um 723 T. Aber auch in anderen Bergbauprodukten ist eine Steigerung eingetreten, u. a. an Kupfer, Blei, Silber, Zink, Zinn, Graphit, Leder, verschiedenen Spatarten, Schmelz, Phosphorit usw. Rund 19 508 Arbeiter waren im Berichtsjahre der Bergbehörde unterstellt. 49 schwere Unfälle sind verzeichnet, davon 29 mit tödlichem Ausgang.

Weiter wird gesagt, daß die Lebensbedingte Schicht unter Tage einen Rückgang der Leistung brachte, trotz alledem sei eine geringe Verbesserung der Stundenleistung zu verzeichnen. Was den Rückgang der Leistung anbelangt, so wird der Eisenkubentag sehr oft falsch angelegt. Es müßte immer wieder darauf hingewiesen werden, daß der Rückgang während des Krieges, ungenügende Vorrichtungsarbeiten die Hauptursache des Rückganges sind. Ferner spricht der Bericht von 'unberührt' eingetragenen Rosenabwanderungen im Beschloßbergbau, wo allein in Bayern über 100 Bauer abgeholt sind. Die Organisationen haben schon seit langer Zeit darauf hingewiesen, daß durch schlechtere Entlohnung gegenüber anderen Berufen, starke Gebirgsabwanderung und unrichtige Behandlung der Arbeiterschaft eine Abwanderung einsetzt wird; mit Bestimmtheit ist anzunehmen, daß in der ersten Hälfte des Jahres 1922 die Abwanderung immer noch angehalten hat. Der große Mangel an geeigneten Bergarbeitern drückt die Förderleistung ganz gewaltig, was dann in der Regel vom Bau und der Unternehmerseite auf das Konto der verkürzten Arbeitszeit gesetzt wird. Die im Bericht angegebenen Zahlen von verfahrenen Ueberstunden und -Stunden, teils zur Erhaltung der Produktion, teils zur Instandhaltung der Anlagen (53 918 Ueberstunden), zeigen durchaus von der Arbeitsfreudigkeit der Bergarbeiter.

Mit einem besonderen Artikel: 'Wirtschaftliche und sittliche Zustände der Bergarbeiterbevölkerung' steht der Bericht der Berginspektion München ein bemerkenswertes, jedoch wenig ehrenhaftes Denkmäl. Es ist eine Schandleistung des besagten Bergbau-Bureaufratle. Man unterfährt sich, eine unrichtige Klassifizierung der Bergarbeiter und Moralbeurteilung vorzunehmen. Was wird wohl die tiefere Ursache gewesen sein, um sich so weit zu verheeren? Zunächst wird (Seite 228 des Berichtes) der alte Stamm der hergeleiteten Bergarbeiter, welcher in der freien Zeit Land- und Gartenwirtschaft und Kleinindustrie betreibt, genannt. Der Arbeiterstande Teil wird in drei Gruppen eingeteilt. Die erste Gruppe soll nebenberuflich erwerbsfähige Handwerker ausüben, als Schauer, Schreiner, Zimmerer, Maurer, Friseur usw.; in dieser Gruppe soll noch ein Teil sein, der seinen Lebensunterhalt betreibt. Die zweite Gruppe sollen jene Arbeiter sein, welche ihre freie Zeit als Arbeiter und als Handwerker ausüben. Die dritte Gruppe umfaßt die jungen Leute, welche Kunst und Sport betreiben und zu einem nicht unerheblichen Teil ihre freie Zeit hauptsächlich im Wirtshaus verbringen.

Die vielen Inanspruchnahmen hat man nicht nur große Teile der Bergarbeiter, sondern auch die Organisationen zu richten verfaßt. Ob diese nicht eine schreckliche Entgleisung eines Geschäftsberichtes bedeutet? Vielleicht werden die Bergarbeiter zu dieser Angelegenheit Stellung nehmen und die Frage aufwerfen, ob die maßgebenden Behörden nicht Bestreben zu tun haben, als solche bestimmende Werturteile abzugeben. Die Bergarbeiter wissen ganz sicher einen Weg, wo man viel besseres Material zur Ausfüllung des Geschäftsberichtes findet. Wenn man die große Zahl der Unglücksfälle ins Auge faßt, dann die Bittersüßigkeit, die nicht immer in bester Ordnung ist, die Beschaffenheit, welche auf einzelnen Werken geradezu Straßens für alles mögliche Ungeheuer geworden sind und für den Bergmann manchmal zur Qual werden, die Zeitwerte auf den Saubereiten, welche manchmal halbschwarz sind, oft mit Wasser überschwemmt bis über die Knie usw. - dort eingetreten ist eine wichtigere Sache als die Befindlichkeit einzelner Mitarbeiter und Fischschelme. Hier haben die Bergbehörden ohne weiteres ein großes Beleidigungsfeld. Die Berginspektion soll auch mal nach Weisklein gehen und den Sauberen mit abhören lassen, welcher durch Inanspruchnahme von zwei kompletten Bremsschrauben erkrankt ist, welche als Luftschärfe benutzt wurden, weil man auf Arbeiter nicht gehört hatte, obwohl frühzeitig und wiederholt darauf hingewiesen wurde. Dort ist ein ungeheurer Schaden entstanden. Wäre doch 1000 Meter Schienen sind verfault und kaum noch zu bergen, mehrere 100 Meter zweifelhafte Rohre, Eisenplatten, Bremsgerüste, Seile und Kabel sind ebenfalls verloren, bei den ungeheuren Preisen ein Millionen-Schaden. Der Grund zu diesem Zubruchgehen ist Karrenschlitten, Spararmleiste am verkehrten Ort, zu geringes Gewicht der Beschläge der Arbeiter und Betriebsräte bezw. Uebergeben deren Ratlosigkeit. Und wer trägt die Schuld an diesem Schaden? In erster Linie die verantwortlichen Leiter des Betriebes. Vielleicht sind die Herren bereit, der Öffentlichkeit den entstandenen Schaden näher zu bezeichnen und zwar unter Einrechnung des Förderausfalles, der dadurch entstand, daß Beschlag 4 W. fast eine Woche lang wegen Mangel an guter Luft nicht bewegt werden konnte. Ganz abgesehen davon, daß die Versuche zur Aufklärung der Ursache, welche erfolgrich blieben, sehr viel Geld gekostet haben. Bezieht dies eine Lösung der Produktion?

Um solche Dinge sollte sich die Bergbehörde kümmern, statt in gewissen Dingen der Bergarbeiter herumzufucheln.

Zu der Wirtschaft auf Weisklein ist noch mehr zu sagen. Nachregelungen von Beamten und Arbeitern werden dort vorgenommen, obwohl ein Arbeitermangel herrscht. In keinem Betriebsbetrieb dürfte so herrschaftlich vorgegangen werden. Der alte Militarismus leuchtet aus allen Knopflöchern der herrschenden Beamten: Umbau, Schind, Böhl, Müller usw. Gerade bei den vielen militärischen Festlichkeiten spielen die ersten beiden Herren eine nicht unbedeutende Rolle. Abgesehen von den Festen der Beamten und Kriegesdienste werden bei Kaffeekränzchen und anderen Festlichkeiten, wo nebenbei demerkt, kein Arbeiter, Fahrhauer und Arbeiter Zutritt hat, große nationalsozialistische Reden gehalten. Neben diesen Festlichkeiten hält man ein mitten im tiefen Wald in dunkler Nacht heimliche Zusammenkünfte ab. Beileidigung und Jubelruf stellt der Betrieb. Ob gratis, ist unbekannt. Abgesehen von den Lastwagen, ist die Benutzung der beiden Dienstautos zu Privatweiden ein ungeklärtes Kapitel. Man konnte nachrechnen, daß an Sonn- und Feiertagen der Amtsvorstand U. mit dem Dienstauto in ein nahe Rotenbachsbad reiste, um dort ein wichtiges Referat zu halten über die Notwendigkeit zur Gründung einer Vereinigung ehemaliger Arbeiter.

Wo die Beamten so mit Surraffatriotismus beschäftigt sind, finden sie keine Zeit für den Betrieb. Wir fordern eine Untersuchung der Ursache der Zusammenbrüche auf Weisklein. Die Schuldigen müssen zum Tode verurteilt werden.

Kameraden! Mit dieser Nummer ist der Beitrag für die 43. Woche (vom 22. bis 28. Oktober) fertig. Wir bitten alle Kameraden um pünktliche Zahlung der Beiträge.

Die bisherigen Mitglieder: Hans Kopper (Kont.-Nr. 54 666), Josef Kottmann, Hermann Beyer (Kont.-Nr. 63 835), Adolf Kottmann, Hermann Kottmann (Kont.-Nr. 63 703), Adolf Kottmann, werden wegen Verstoßes gegen den Generalversammlungsbeschluss im Jahre 1921 aus dem Verbande ausgeschlossen.

Adressenänderungen.

Selbstredend. Der Vertrauensmann Günter Reuberer wohnt Schloßgasse 43; der Kassierer Paul Langguth wohnt Gärtenstraße, Schloßbergstraße.

Krankengeldauszahlung.

Die Krankengeldauszahlung wird am Sonntag im Saal des Arbeitervereins, jeden zweiten und dritten Sonntag im Monat, von 10-12 Uhr, beim Kassierer W. Behl, Ohmstr. 12, I. Et.

Aufbewahren!

Wichtige Statufänderungen.

Aufbewahren!

An unsere Mitglieder!

Die jetzt im § 9 vorgesehene Beitragsaufstellung, die bei einer Lohnsteigerung von 6 Mk. eine Beitragssteigerung von 50 Pf. vorsieht, machte bei den bisherigen Beitragssteigerungen eine immer länger werdende Tabelle erforderlich. Dasselbe ist bei den Unterstufänderungen der Fall, wodurch auf die Dauer die Übersicht und Handhabung immer schwieriger wird. Eine Abkürzung und erleichterte Handhabung läßt sich damit erreichen, daß unter Beachtung der bisherigen Formel eine Verkürzung der Staffeln vorgenommen, und zwar in der Form, daß in den ersten 15 Beitragsklassen bei einer Lohnsteigerung von 1 Mk. vorgesehene wird, von der 16. Beitragsklasse aber bei 60 Mk. Lohnsteigerung eine Beitragssteigerung von 5 Mk. vorgenommen wird.

Der Aufbau oder die Steigerung der Unterstufstützung erfolgt nach demselben Grundsatz. Weiter wurde wiederholt gefordert, eine Erhöhung des Eintrittsgeldes vorzunehmen, das in seiner jetzigen Höhe den Beiträgen und der inzwischen eingetretene Geldentwertung nicht mehr entspricht. Dasselbe trifft für die Duplikatsgebühren zu.

Eine weitere Umänderung war im § 35 Abs. 4 notwendig, um die Errechnung des Sterbegeldes in derselben Form wie die Errechnung der anderen Unterstützungsarten (nach vierwöchiger Beitragszahlung) zu ermöglichen.

Da die Umänderungen zumeist kassentechnischer Natur sind, um den Funktionären des Verbandes die Handhabung des Statuts zu erleichtern, hat der erweiterte Gesamtverband unter Hinzuziehung der Statutkommission und des Kontrollausschusses laut § 36 Absatz 3 beschlossen, ab 5. November 1922 folgende Änderungen in Kraft treten zu lassen.

§ 3.

Absatz 5. Das Eintrittsgeld beträgt 25 Mk. Jugendliche unter 16 Jahren und Frauen zahlen 10 Mk. Eintrittsgeld.

§ 9.

Absatz 2. Der wöchentliche Beitrag beträgt in den einzelnen Beitragsklassen (in Mark):

Table with 3 columns: Beitragsklasse, Durchschnittslohn bis, Beitrag. Rows 1-37.

Bei weiterem Steigen der Durchschnittslöhne erhöhen sich die Beiträge für je 60 Mk. Lohn um weitere 5 Mk. Ermäßigen sich die Durchschnittslöhne, so tritt für je 60 Mk. Lohnsenkung eine Beitragsermäßigung von 5 Mk. ein, von der 15. Beitragsstaffel rückwärts bei je 12 Mk. Lohnsenkung eine Beitragsermäßigung um 1 Mk. vorgenommen wird.

§ 12.

Absatz 3, Satz 1. Verloren gegangene Mitgliedsausweise werden gegen eine Bezahlung von 40 Mk. ersetzt.

§ 22.

Die Höhe der Streikunterstützung richtet sich nach der Beitragsleistung und beträgt für die Woche in

Table with 8 columns: Woch., Beitragsklasse (1-7), 1-7. Rows 26-520.

Table with 8 columns: 20-31. Rows 26-520.

Absatz 2. Für die Ehefrau und jedes unter 15 Jahre alte Kind, für die das Mitglied den Unterhalt bestreitet, wird ein Zuschuß gezahlt. Dieser beträgt bei einer Mitgliedsdauer von 52 Wochen 40 Mk., bei kürzerer Mitgliedsdauer 20 Mk. pro Woche. Einzelne Tage werden entsprechend verrechnet.

Gemaßregeltenunterstützung.

§ 39.

Absatz 1 u. 2. Mitgliedern, die wegen Wahrnehmung der Verbandsinteressen erwerbslos werden, kann Gemaßregeltenunterstützung bis zur Dauer von 10 Wochen gezahlt werden. Die Unterstützung beträgt wöchentlich in den

Beitragsklassen:

Table with 9 columns: 1-9. Rows 10-520.

Absatz 3. Für die Ehefrau und jedes unter 15 Jahre alte Kind, für die das Mitglied den Unterhalt bestreitet, wird ein Zuschuß gezahlt. Dieser beträgt bei einer Mitgliedsdauer von 52 Wochen 40 Mk., bei kürzerer Mitgliedsdauer 20 Mk. pro Woche. Einzelne Tage werden entsprechend verrechnet.

Umzugsbeihilfe.

§ 31.

Absatz 1. Nur nachweisbar Gemaßregelte Mitglieder, die in der Nähe ihres Wohnortes keine Arbeit finden und die Gemaßregeltenunterstützung noch nicht voll bezogen haben, können bis zum nächsten Revier eine Beihilfe zum Umzug aus der Verbandskasse erhalten. Die Höhe der Umzugsbeihilfe beträgt in Beitragsklassen

Table with 8 columns: Km., 1-7. Rows 10-520.

Table with 8 columns: Km., 8-15. Rows 10-520.

Table with 8 columns: Km., 16-23. Rows 10-520.

Table with 8 columns: Km., 24-31. Rows 10-520.

Table with 8 columns: Km., 32-37. Rows 10-520.

Table with 8 columns: Km., 31-37. Rows 301-520.

Absatz 2. Für die Ehefrau und jedes unter 15 Jahre alte Kind, dessen Unterhalt von dem Unterstufberechtigten bestreitet wird, wird vorstehenden Sätzen ein Zuschuß gezahlt. Dieser beträgt bei einer Mitgliedschaft bis zu

Table with 2 columns: Wochen, 150 km bis 160 km über 300 km. Rows 52, 261-520.

Absatz 4. Die Arbeitslosenunterstützung beträgt arbeitstäglich bei einer Beitragsleistung von Wochen (in Mark):

Table with 7 columns: 1-7. Rows 52, 104, 156, 208, 260, 312, 364, 416, 468, 520.

Table with 7 columns: 8-14. Rows 52, 104, 156, 208, 260, 312, 364, 416, 468, 520.

Table with 7 columns: 15-21. Rows 52, 104, 156, 208, 260, 312, 364, 416, 468, 520.

Table with 7 columns: 22-27. Rows 52, 104, 156, 208, 260, 312, 364, 416, 468, 520.

Table with 7 columns: 28-33. Rows 52, 104, 156, 208, 260, 312, 364, 416, 468, 520.

Table with 7 columns: 34-37. Rows 52, 104, 156, 208, 260, 312, 364, 416, 468, 520.

Table with 7 columns: 1-7. Rows 52, 104, 156, 208, 260, 312, 364, 416, 468, 520.

Table with 7 columns: 8-14. Rows 52, 104, 156, 208, 260, 312, 364, 416, 468, 520.

Table with 7 columns: 15-21. Rows 52, 104, 156, 208, 260, 312, 364, 416, 468, 520.

Table with 7 columns: 31-37. Rows 52, 104, 156, 208, 260, 312, 364, 416, 468, 520.

Krankenunterstützung.

Krankenunterstützung § 34. Die Mitglieder erhalten, welche mindestens 52 Wochenbeiträge entrichtet und durch Krankheit erwerbsunfähig geworden sind. Die Krankenunterstützung wird nach siebenwöchiger Krankheitsdauer, also vom Beginn der zweiten Krankheitswoche an, gezahlt. Die Unterstützung beträgt in Beitragsklassen

Table with 6 columns: 1-6. Rows pro Woche, pro Tag.

Table with 6 columns: 7-12. Rows pro Woche, pro Tag.

Table with 6 columns: 13-18. Rows pro Woche, pro Tag.

Table with 6 columns: 19-24. Rows pro Woche, pro Tag.

Table with 6 columns: 25-30. Rows pro Woche, pro Tag.

Table with 6 columns: 31-36. Rows pro Woche, pro Tag.

Table with 6 columns: 37-42. Rows pro Woche, pro Tag.

Table with 6 columns: 43-48. Rows pro Woche, pro Tag.

Table with 6 columns: 49-54. Rows pro Woche, pro Tag.

Table with 6 columns: 55-60. Rows pro Woche, pro Tag.